



1. Rede des 2. Schaffers - André Wedemeyer

Auf Bundespräsident und Vaterland

„Er darf wiederkommen.“

So titelte, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Weser-Kurier am 15. November des vergangenen Jahres, nachdem sich die große Koalition auf Frank-Walter Steinmeier als Nachfolger von Joachim Gauck im Amt des Bundespräsidenten verständigt hatte.

„Er darf wiederkommen“ bezog sich auf die Teilnahme von Bundesaußenminister Steinmeier als Ehrengast der Schaffermahlzeit 2016.

Bekanntermaßen sehen die Statuten von Haus Seefahrt vor, dass jeder Gast nur einmal im Leben die Möglichkeit hat, an der Schaffermahlzeit teilzunehmen. Es sei denn – er wird zum Bundespräsidenten gewählt. Denn: Als solcher besitzt er das Privileg, mehrfach eingeladen zu werden und teilnehmen zu dürfen.

Ein Privileg übrigens, das ansonsten nur der Bremer Bürgermeister besitzt. Er wird zu jeder Schaffermahlzeit eingeladen – auch zu dieser.

Herr Bürgermeister Sieling, auch ich möchte Sie herzlich begrüßen und Ihnen danken, dass Sie, als Hausherr, uns diese ehrwürdigen und wunderbaren Räumlichkeiten im Bremer Rathaus wieder zur Verfügung stellen.

Zunächst möchte ich nun den Blick auf den derzeitigen Hausherrn des Schlosses Bellevue richten. Bundespräsident Joachim Gauck ist ohne eine vorherige politische Karriere und als erster Parteiloser ins Amt gekommen, aber natürlich dennoch ein politischer Mensch.

Er hat sich selbst einmal als linken, liberalen Konservativen bezeichnet und sein persönlicher Lebenslauf prägte die Hauptthemen seiner Präsidentschaft: Bürgerrechte, Menschenrechte und vor allem Freiheit waren seine Anliegen, die er immer wieder in seiner unnachahmlich menschlichen, einfühlsamen und eindringlichen Art vorgetragen und verteidigt hat.

Hiermit hat Joachim Gauck nicht nur im Inneren unseres Landes positiv und einigend gewirkt, sondern ist als erster Repräsentant Deutschlands auch im Ausland dafür eingetreten, dass diese Grundwerte als unabdingbar für unser Land wahrgenommen werden.

Seit fast zwei Jahren ist Joachim Gauck bereits der älteste amtierende Bundespräsident der Geschichte und verdient unseren vollen Respekt und unser Verständnis, nicht erneut für das Amt zu kandidieren.

Wir sind ihm für seine Präsidentschaft zu großem Dank verpflichtet!

Wenn übermorgen, am Sonntag, im Berliner Reichstag die Bundesversammlung zusammenkommt, wird aller Voraussicht nach Frank-Walter Steinmeier zum Nachfolger von Joachim Gauck und damit zum zwölften Bundespräsidenten seit 1949 gewählt.

Frank-Walter Steinmeier hat eine lange politische Karriere vorzuweisen. Als Kanzleramtschef erlangte er tiefe Kenntnis von der Funktionsweise unseres politischen Systems und weiß, wie Regierungsarbeit in der Praxis umzusetzen ist.

Als ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD weiß er, wie Mehrheiten für politische Positionen im Bundestag zu organisieren sind.

Und als Bundesaußenminister weiß er ebenfalls, die politischen Positionen Deutschlands im Ausland bei Freunden, bei Partnern, aber auch in Ländern, in denen unsere Werte nicht so populär sind, zu vertreten und für diese zu werben.

Dies, also die Stellung Deutschlands in der Welt, scheint mir heute, in unserer globalisierten und vielfältig vernetzten Welt, wichtiger denn je. Und hierbei spielt Europa, spielt die Europäische Union, eine zentrale Rolle.

Doch welche Rolle spielt Deutschland, spielt unser Vaterland dabei?

Wollen wir eigentlich Europa?

Das ist ja erst mal eine Frage, die von vielen Menschen – außer von ausgesprochenen Europaskeptikern – spontan bejaht wird. Was wir dabei in der Regel meinen, ist das Erasmus-Europa: Keine Grenzen, lebhafter, friedlicher Austausch zwischen den Nationen – und, nicht zu vergessen, das Europa ohne Zölle und andere Handelshemmnisse. Also ein im Wohlstand und Frieden geeinter Kontinent.

Vielleicht müssen wir die Frage etwas präzisieren: Welches Europa meinen wir genau, das die meisten Menschen in unserem Land bejahen? Der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, benutzte gerne folgende Formel:

Europa ist auf drei Hügeln erbaut: Der Akropolis in Athen, dem Capitol in Rom und Golgota.

Dabei steht die Akropolis für das antike Griechenland. Dazu gehört die griechische Weisheit, die Tugendlehre und besonders die Ethik eines Aristoteles. Sie steht für eine, auf der Freiheit der Individuen gründenden und den demokratischen Prinzipien der Rechtstaatlichkeit verpflichteten Staatsform.



Das Capitol steht für das alte Rom und sein Erbe. Das Imperium Romanum hat dem Kontinent eine einheitliche Verwaltung gegeben. Es hat Europa durch seine Straßennetze und seine Wasserwege, durch die Heerlager und Stadtgründungen, durch einen verstärkten Binnenhandel näher zusammenrücken lassen. Und nicht zuletzt bauen auf dem alten römischen Recht noch heute unsere modernen Rechtsordnungen auf.

Golgota steht für das Christentum. Auf den Straßen und über die Kommunikationswege des alten Rom drang die christliche Botschaft zu allen Völkern der damaligen Welt. Und diese Botschaft hieß: Friede.

So viel zu den Grundlagen Europas. Freiheitliche Demokratie, eine funktionierende Verwaltung und ein stabiles Rechtssystem sowie christliche Grundwerte wie Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Frieden – das ist doch ein festes Fundament, auf dem ein Haus Europa gebaut werden kann.

Blicken wir nun in die jüngere Vergangenheit und die Gegenwart und stellen uns die Frage:

Wie kann dieses Haus, kann ein gemeinsames, ein vereintes und tragfähiges Europa aussehen?

Das letzte große Reformprojekt der EU war die Einführung der gemeinsamen Währung, verpflichtend übrigens für alle Mitglieder, die die Konvergenzkriterien erfüllen. Heute, exakt 25 Jahre und einen Tag nach der Beschlussfassung in Maastricht, beklagen viele, darunter auch ich, immer öfter das Fehlen einer Vision, eines europäischen Leitgedankens. Warum ist Europa in dieser Zeit nicht vorangekommen? Wo ist der verbindende Gedanke?

Natürlich trägt der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007 viele der Ideen und Gedanken eines geeinten und integrierten Europas in sich. Aber: Er ist als Folge einer gescheiterten europäischen Verfassung zustande gekommen und so liest er sich auch: Alles kann, nichts muss.

In Wahrheit werden die großen Integrationsprojekte nicht mehr angefasst, der Traum von den Vereinigten Staaten von Europa ist längst stillschweigend begraben worden.

Es gibt vier große Politikfelder, die zentrale Bereiche unseres Lebens betreffen und die in den vergangenen 25 Jahren kaum weiterentwickelt wurden:

Es existiert nur in Ansätzen eine gemeinsame Außenpolitik, keine wirklich integrierte europäische Verteidigungspolitik, die nur rudimentär vorhandene Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit ist in den vergangenen Jahren und Monaten offenkundig an ihre Grenzen gestoßen und von einer Annäherung in der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik sind wir immer noch weit entfernt.

Ja, all diese Themen sind in den Lissabonner Verträgen durchaus angesprochen. Doch werden sie kraftvoll weiterverfolgt?

Eine Vorstufe gemeinsamer Außenpolitik gibt es seit einigen Jahren, repräsentiert von dem bzw. der EU-Außenbeauftragten. Aber da, wo es wirklich zählt, ist die EU-Außenpolitik nur ein Papiertiger. Denn natürlich machen die Mitgliedsstaaten nach wie vor ihre eigene Außenpolitik und verfolgen ihre eigenen Interessen. Europäische Integration? Fehlzanzeige.

Das Thema einer europäischen Armee hat (zumindest in den Medien) eine neue Dynamik bekommen. Ausgelöst durch die Ankündigung von Präsident Trump, dass zukünftig keine amerikanischen Truppen in Europa mehr stationiert sein könnten. Aber ähnlich wie bei der Außenpolitik scheint sich das tatsächliche Interesse daran, hier nationale Souveränität zugunsten einer europäischen Integration aufzugeben, in äußerst überschaubaren Grenzen zu halten. Dabei könnte Europa bei Zusammenlegung der Verteidigungsbudgets durchaus eine schlagkräftige europäische Armee auf die Beine stellen, die nicht auf die USA angewiesen wäre, um diesen Kontinent zu verteidigen. Aber der politische Wille für ein solches Projekt fehlt im Moment offensichtlich.

Noch aktueller und naheliegender wäre eine engere Zusammenarbeit bei der inneren Sicherheit. Das ist im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen wieder deutlich geworden. Der Austausch zwischen den europäischen Polizeibehörden und Geheimdiensten verläuft, optimistisch ausgedrückt, schleppend. Immer klarer wird, dass Verbrecher und insbesondere Terroristen längst multinational arbeiten und die Grenzen einen Nachteil bei der Verbrechensbekämpfung darstellen. Eine Art europäisches FBI könnte eine Lösung sein, eine supranationale Polizeibehörde, die zur Terrorabwehr und für die Aufklärung von Gewaltverbrechen in den Mitgliedsstaaten nicht nur ermitteln, sondern auch Verhaftungen vornehmen können müsste. Aber auch hier gibt es nicht nur Widerstände aus den Mitgliedsstaaten. Im Grunde traut sich niemand, überhaupt Forderungen in dieser Richtung zu stellen, womöglich aus Furcht, sonst von einer populistischen nationalen Erregung weggeschwemmt zu werden. Wie schwierig ein solches Unterfangen selbst in Deutschland ist, haben wir Anfang des Jahres erlebt: Der eigentlich sinnvolle Vorschlag von Bundesinnenminister de Maizière, die inneren Kräfte zur Gefahren- und Terrorabwehr besser zu bündeln, wurde von den meisten Bundesländern aufs Heftigste abgewiesen – mit dem Hinweis, man wolle den Zugriff auf den eigenen Landesverfassungsschutz doch lieber für sich behalten.

Das vierte Politikfeld ist womöglich das wichtigste, weil dort schon erheblicher Schaden entstanden ist. 1992 gab es viele, die die Einführung des Euro als einen weiteren Schritt in Richtung der „Vereinigten Staaten von Europa“ betrachteten. Aber das erwies sich als Trugschluss. Denn der für eine gemeinsame Währung notwendige politische Unterbau ist mit den Konvergenzkriterien nicht hinreichend gegeben. Als ökonomisch stärkstes Land in Europa profitierte Deutschland natürlich enorm von der Währungsunion. Eine harte D-Mark



hätte die Erfolge im Export des vergangenen Jahrzehnts (und das damit verbundene Wirtschaftswachstum) zumindest erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Aber gleichzeitig wurde versäumt, in den eng mit der Währung verbundenen Bereichen zumindest Schritte zur Angleichung zu unternehmen. Das Resultat: Zusammenbrechende Volkswirtschaften in Südeuropa, die nur mit einem großen Haufen Rettungsschirme notdürftig in der Eurozone gehalten werden. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass hier echte Reformen stattfinden müssen, denn ein „weiter so“ wird für eine prosperierende EU in den heutigen Grenzen nicht ausreichen.

Wir sehen also, dass in den vergangenen 25 Jahren in wesentlichen Politikfeldern keine großen Fortschritte gemacht wurden. Und dennoch wird die fortschreitende europäische Integration allenthalben gelobt.

Was ist denn passiert?

Passiert ist vor allem Brüssel. In der belgischen Metropole ist ein gigantischer bürokratischer Apparat entstanden, der unter eher kosmetischer demokratischer Kontrolle in das Leben der Menschen in Europa hineinregiert. Der versucht, mit den berüchtigten EU-Verordnungen das Leben der Menschen in Europa zu vereinheitlichen – klaglos umgesetzt von den Mitgliedsstaaten. Wir kennen vermutlich alle die Verordnungen von verbotenen Olivenölkaraffen, über die Krümmung von Gurken und Bananen bis zum Salzgehalt im Brot, um nur einige, plakative Beispiele zu nennen. Aber mal abgesehen von der im Einzelnen äußerst fragwürdigen Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen – sie steuern auch als Ganzes in die völlig falsche Richtung! Soll denn Europa so sein, dass es überall die gleichen Dinge gibt, alles gleich schmeckt und gleich aussieht?

Ich glaube: Nein. Und ich bin überzeugt, das will auch die große Mehrheit der Bürger in den europäischen Ländern nicht! Hier liegt eine wichtige Ursache im allgemeinen Europafrust, der von Populisten dankbar aufgegriffen wird. Die Menschen in Europa wollen Vielfalt statt Einfalt – ein Europa der Regionen, der kulturellen Vielfalt und Einzigartigkeit, um die uns die ganze Welt beneidet. Die Millionen von Europareisenden aus allen Kontinenten, die staunend diese einzigartige Vielfalt betrachten, sind ein Beleg dafür, dass wir uns dieses kulturelle Erbe unbedingt bewahren müssen.

Der Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart schrieb unlängst in seinem Buch „Weltbeben“ etwas überspitzt, die EU erinnere ihn eher an die Sowjetunion als an die Vereinigten Staaten von Amerika – zumindest, was den Einfluss von Behörden auf die Lebensverhältnisse der Bürger angeht, ist diese Sichtweise nicht ganz falsch. Keine Rede mehr von einem „Europa der Vielfalt“, von einem „Europa der Regionen“, gar den „Vereinigten Staaten von Europa“. Die Visionen und die Schlagworte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrtausends sind auf der Strecke geblieben.

Im Grunde haben wir uns seit Maastricht vor 25 Jahren immer mehr von einer eigentlich logischen bundesstaatlichen Lösung entfernt. Ich würde mir wünschen, dass die europäische Union den Pfad des „Klein-Klein“ verlässt und wieder auf eine breite, befestigte Straße abbiegt, beleuchtet von kraftvollen Ideen an deren Ende eine große Vision steht. Gemeinsame Verteidigung und eine gemeinsame Außenpolitik wären solche helleuchtenden Straßenlampen. Bei der inneren Sicherheit ist es offensichtlich, dass wir viel mehr gemeinsam erreichen könnten. Und die Integration einer gemeinsamen Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik ist im einheitlichen Währungsraum eine dringende Notwendigkeit.

Um die großartige Idee von Europa wieder zu beleben, braucht es eine Politik, die mutig und ohne Denkverbote in die Vergangenheit und in die Zukunft schaut. Das ist im Moment eher selten – und meiner Meinung nach der wichtigste Grund für die europäische Krise.

Unser Vaterland, meine Damen und Herren, ist tief eingebettet in diesem Europa, sowohl in der europäischen Idee, als auch in der Brüsseler Wirklichkeit, die noch wenig mit dem Ideal gemein hat. Und natürlich ist es an Deutschland, vor allem gemeinsam mit Frankreich, aber auch den anderen Nationen im Kern der Union, der europäischen Idee neues Leben einzuhauchen und Lösungsvorschläge zu entwickeln – damit Europa wieder das wird, was es lange war – nicht nur eine großartige Idee, sondern auch ein großartiges Projekt, an dem mit Visionen weiter gebaut wird!

Ich bitte Sie, sich jetzt von Ihren Plätzen zu erheben.

Auf unseren Bundespräsidenten, auf unser Vaterland und auf Europa – ein dreifaches